Nr. 13. Donnerstag, den 18. Januar 1906. 5. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Vierteljährl. 1 Mk. 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Postanstalten. Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die 6gespalt. Petitzeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. Fernsprecher Nr. 1966.

Die Marokkokonferenz

nahm am 16. Januar ihren Anfang. Zunächst bleiben nur Aeußerlichkeiten zu erledigen. Der Versammlungsraum befindet sich in der Stadthalle von Algeciras; er ist, ebenso wie der Konferenztisch, rot ausgeschlagen worden. Die Delegierten werden in alphabetischer Reihenfolge nach den französischen Namen der Länder, die sie vertreten, sitzen. Auf beiden Seiten des Sitzungssaales befinden sich acht oder zehn kleinere Räume, die als Bureaus dienen werden. Einer dieser Räume wurde für den Vorsitzenden reserviert. Die verschiedenen Museen Spaniens haben Gemälde zur Ausschmückung der Stadthalle zur Verfügung gestellt. Die Zahl der eingetroffenen Korrespondenten — meistens Engländer, Amerikaner, Franzosen und Deutsche — ist so groß, daß ein Teil dieser Herren in Gibraltar wohnen muß.

Konferenzdelegierte sind die folgenden: Deutsches Reich: Herr von Radowitz, Botschafter in Madrid, und Graf Tattenbach. — Frankreich: Herr Revoil und Graf Cherisey, französischer Geschäftsträger in Tanger. — Großbritannien: Sir Arthur Nicolson, englischer Botschafter in Madrid. — Italien: Marchese Visconti-Venosta. — Niederlande: Dr. J. Testa, holländischer Gesandter in Madrid. — Belgien: Baron Joostens, belgischer Gesandter in Madrid, und Graf Beufferet, Geschäftsträger in Tanger. — Oesterreich-Ungarn: Graf Welsersheimb, Botschafter in Madrid, und Graf Bolesta-Koziebrodski, Geschäftsträger in Tanger. — Portugal: Graf von Tovar, Gesandter in Madrid, und Graf Martens Ferrao, Geschäftsträger in Tanger. — Rußland: Graf Cassini, russischer Botschafter in Madrid, und Herr von Bacheracht, Geschäftsträger in Tanger. — Schweden: Herr R. Saper, schwedischer Gesandter in Madrid. — Spanien: Herzog von Almodovar, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und Perez Caballero, spanischer Gesandter in Brüssel. — Vereinigte Staaten: Herr H. White, Botschafter in Rom, und Herr R. S. Gummeré, Geschäftsträger in Tanger. — Norwegen hat wissen lassen, daß es sich an der Konferenz nicht beteiligen, jedoch den gefaßten Beschlüssen sich anschließen werde. Sonst sind alle Mächte verteten, die an der Konferenz von Madrid im Jahre 1880 teilgenommen haben. — Marokko: Mahomed el Torres, Vertreter des Sultans für auswärtige Angelegenheiten in Tanger, und der Palastpräfekt des Sultans El Mokhri.

Das Programm für die Beratungen, das die Herren Rosen und Revoil nach langen Verhandlungen am 28. September in Paris fertigstellten und das der Sultan von Marokko unverändert bestätigte, hat folgenden Wortlaut:

1) a. Organisation der Polizei außerhalb des Grenzgebiets auf dem Wege internationaler Vereinbarung; b. Reglement zur Ueberwachung und Verhinderung des Waffenschmuggels. In der Grenzregion bleibt die Anwendung dieses Reglements ausschließlich Frankreich und Marokko überlassen.

2) Finanzreform. Finanzieller Beistand, der dem Sultan durch Gründung einer Staatsbank mit Emissionsberechtigung zu leisten wäre, welche die Schatzoperationen übernähme und die Münzprägung vermittelte, deren Erträge dem Maghzen gehörten. Die Staatsbank hätte die Gesundung des Münzwesens herbeizuführen. Die dem Maghzen eröffneten Kredite würden zur Ausrüstung und Besoldung der Polizeitruppen verwendet, sowie für gewisse dringende öffentliche Arbeiten, besonders die Verbesserung der Häfen und ihres Materials.

3) Studium zur Erlangung besserer Steuererträge und zur Schaffung neuer Einnahmen.

4) Verpflichtung, die der Maghzen zu übernehmen hat, keinen der öffentlichen Verwaltungszweige zu gunsten besonderer Interessen aus der Hand zu geben. Prinzip der Submission für die öffentlichen Arbeiten, ohne Ansehung der Nationalität.

An der ersten Sitzung haben alle Delegierten teilgenommen. Bei der Eröffnung schlug der Botschafter von Radowitz, der Delegierte Deutschlands, die Wahl des Herzogs von Almodovar zum Präsidenten der Konferenz vor. Der Herzog sprach für das ihm erwiesene Vertrauen seinen Dank aus. Zu Sekretären wurden gewählt der französische Botschaftsrat in Madrid Pierre de Margerie und der spanische Legationsrat Pina.

In der Rede des Herzogs Almodovar heißt es: Durch die Festsetzung des Programms, das den Beratungen der Konferenz als Grundlage dient, zeigten die Mächte deutlich ihr Interesse daran, daß Ordnung, Friede und Wohlfahrt in Marokko herrschen. Nach der übereinstimmenden Ansicht der Mächte kann dieses kostbare Ziel nur erreicht werden durch Reformen, die auf der Souveränität des Sultans, der Integrität seiner Staaten und gleicher Behandlung in kommerzieller Hinsicht, das heißt, der offenen Tür, beruhen. Es handelt sich darum, Mittel zur Anwendung derjenigen Maßregeln zu beraten, die sich schon jetzt als die dringendsten und leichtesten erzeigen. Diese Maßregeln würden noch wirksamer sein, wenn da, wo die Konferenz es als ausführbar erachtet, Polizeikorps errichtet sein werden. Die gegenseitige Achtung der gegenseitigen Interessen und der aufrichtige Wunsch, diese Interessen in Einklang zu bringen, müssen mit den Grundsätzen der Souveränität des Sultans und der Integrität seines Reiches die Richtschnur für die Beratungen der Konferenz sein. Solche Gesinnungen werden schon diktiert durch die erwartungsvolle Haltung der ganzen Welt, die eintrachtsvolle, den immer mehr wachsenden Bestrebungen universeller Solidarität entsprechende Lösungen erwartet. — Die nächste Sitzung ist noch nicht bestimmt.

Deutscher Reichstag.

k. **Berlin.** 21. Sitzung am 16. Januar 1906.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Servistarifs und des Wohnungsgeldzuschußgesetzes.

Abg. Ilschert (Zentr.): Der Reichstag wünscht schon seit Jahren, daß der Servistarif beseitigt werde durch Zuschläge zum Gehalt, nun soll dies geschehen, indem der Betrag der Servisklasse I durchschnittlich zum Gehalt geschlagen werde; aber inkonsequenterweise sollen die Offiziere in Klasse A immer noch eine Servislage erhalten. Die Aenderung kostet 1,4 Mill. Diese Sache wird im Etat geregelt werden. Nun schlägt der Gesetzentwurf vor, daß die Orte der Klasse 3 und 4 nach dem Satze von Klasse 2 entschädigt werden sollen. Weshalb aber macht man hier nicht reinen Tisch und gibt für alle Orte gleiche Entschädigung, wie bei der Naturalleistung? Entschädigt man nach Klasse 1, so kostet es nur ½ Mill. Mk mehr. Die Klasse A erleidet eine kleine Einbuße; aber diese Orte sind nur wenige und sie werden selten mit Einquartierungen belegt. Dann wird erst die Bahn frei für Trennung von Servis und Wohnungsgeld; dann muß für das Wohnungsgeld ein ganz neuer Tarif und eine neue Klasseneinteilung der Orte geschaffen werden. Die Vorlage will hier aber alles beim alten lassen und nur die Wohnungsgeldzuschüsse für die Unterbeamten um 50 Prozent erhöhen. Die heutige Klasseneinteilung ist ungerecht. Das Ideal der Wohnungsgeldregelung wäre, einfach ein Zuschlag zum Gehalt zu geben; für alle Beamten gleich. Die Vorteile und Schattenseiten der großen Städte einerseits und die der kleineren Orte gleichen sich fast ganz aus. (Kinderausbildung usw.) Solange dies nicht erreicht wird, müssen wir die Vorlage zu verbessern suchen. In erster Linie steht, daß die Klasseneinteilung der Orte nicht erst 1913 erfolgen darf, sondern schon 1908. Die Unterlagen für eine neue Einteilung sind bereits vorhanden; auch die Beamtenvereinigungen haben schon sehr viel Material zusammengetragen, z. B. der Postassistentenverband, auch die Beamtenvereinigung in Frankfurt a. M. Die Klagen der mittleren und unteren Postbeamten über ungenügende Entschädigung sind berechtigt. Kann die Erhöhung der Wohnungsgelder nicht auch für mittlere Beamten eintreten? Was kostet eine Erhöhung um 20,33 und 40 Prozent? Weshalb ist nicht die Berücksichtigung des Familienstandes hier vorgeschlagen? Dieser Gedanke ist ein sehr begründeter. Die kinderreichen Familien sind jetzt zu kurz gestellt; beim Gehalte kann man keinen Unterschied machen, aber beim Wohnungsgeld ist es geboten. Wir haben die Berücksichtigung des Familienstandes schon beim Umzugsgeld, den Weihnachtsgratifikationen, beim Unfallversicherungsgesetz, beim Waisenversicherungsgesetz. Kann das Wohnungsgeld nicht auch den Beamten der Reichseisenbahnen gegeben werden, um viele Beschwerden zu beseitigen? Ich will keine Orte anführen, in welchen die Einteilung der Orte zu schreiender Ungerechtigkeit führt. (Beifall.) — Abg. Eickhoff (Frs. Vpt.), Abg. v. Elern (kons.), Abg. Oertel (natl.), von Oerzen (Rpt.), Abg. v. Gerlach (Frs. Ver.) und Abg. Kirsch (Zentr.) stimmen dem Vorredner bei. Die Gesetzentwürfe werden an die Budgetkommission verwiesen. Es folgt der Gesetzentwurf über die Entlastung des Reichsinvalidenfonds. — Graf Oriola (natl.) und Erzberger (Zentr.) fordern Ueberweisung an die Budgetkommission; letzterer hält die Entlastung für geboten im Interesse der Reichsfinanzen. Der Gesetzentwurf wird an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt der Nachtragsetat für Deutsch-Ostafrika. — Kolonialdirektor Erbprinz von Hohenlohe: Der Nachtragsetat ist nötig infolge des Aufstandes; die Usambarabahn soll verpachtet werden. Der Redner gibt ein Bild über den Aufstand und dessen seitherigen Verlauf. — Abg. Erzberger (Zentr.) bemängelt, daß Positionen in den Nachtragsetat eingesetzt sind, welche dauernd wiederkehren, und bedauert die ungewöhnlich mangelhafte Begründung der Position; insbesondere fehlt jede Darlegung über die Ursachen des Aufstandes; hierüber hätte sich die Kolonialverwaltung klar aussprechen müssen; man hätte hierüber eine genaue Denkschrift erwartet und über den Verlauf des Aufstandes. Erfreulich ist der Vertragsabschluß mit der Firma Lenz betreffend die Verpachtung der Usambabahn. Die Gesuche um die Indemnität werden nachgerade billiger als die Brombeeren, obwohl es sich doch um das erste Volksrecht, das Budgetrecht des Reichstages, hier handelt. Man hätte zur Vermeidung solcher Verfassungsverletzung den Reichstag zu einer besonderen Session einberufen sollen. Redner verbreitet sich dann auf Grund verlässiger Mitteilungen über die eigentlichen Ursachen des Aufstandes, der in erster Linie auf die Formarbeiten in den Baumwollplantagen zurückzuführen sei; diese Fehler wurden früher von anderen Kolonialmächten gemacht, man hätte sie nicht nachmachen sollen. Und die Einführung geschah nicht durch Verordnung des Gouverneurs, sondern einzelner untergeordneter Beamten; hierüber und namentlich wegen der überaus schlechten Bezahlung der Lohnarbeiter die tiefe, allgemeine Erbitterung der Eingeborenen (½—2 M. pro Tag). Es handelt sich dabei, um ein Ueberschreitung der Befugnisse der Beamten. Dazu kommt noch die Hüttensteuer mit einzelnen sehr bedenklichen Bestimmungen. Die Rechte der Eingeborenen müssen daher gesetzlich festgelegt werden. Kein Wunder, wenn dagegen Auflehnungen der Eingeborenen kommen. Der Aufstand ist übrigens nicht überraschend gekommen, es wurde im Reichstag schon vorher auf die Gefahr desselben hingewiesen; ja die Regierung soll schon von den Missionären brieflich darauf hingewiesen worden sein. Redner kommt hier auf das allgemeines Aufsehen erregende Urteil gegen die Kamerun-Häuptlinge kurz zu sprechen. Trotz dringender Warnung seitens der Kolonialverwaltung sei der Bischof Spiss in das Aufstandsgebiet abgereist, sagt der Herr Kolonialdirektor. Redner bedauert diese Behauptung, die längst gründlich und insbesondere durch die Presse widerlegt sei. Redner legt dies noch im einzelnen zuverlässig dar. Prinzipielle Bedenken gegen das System Propagierung des Mohammedanismus durch die Regierung, z. B. Erteilung mohammedanischen Religionsunterrichtes in Regierungsschulen, Bau von Moscheen mit deutschem Gelde. Folgen davon: rasches Anwachsen der Mohammedaner; hauptsächlich Mohammedaner in den Schutztruppen. Die Regierung hat die Verpflichtung, für ergiebige Abhilfe zu sorgen und wir fordern gründliche Umkehr. Die Kolonisation muß auf den Grundsätzen des Christentums aufgebaut sein. Wir haben schwere Bedenken gegen die geforderten dauernden schwarzen und weißen Schutz- beziehungsweise Polizeitruppen. Bezüglich der nachgesuchten Indemnität müssen die einzelnen Beträge erörtert und nachgewiesen werden. Wir wünschen eine etappenweise Kolonisation und wir werden genau prüfen und zusehen. — Abgeordneter Paasche (natl.): Die Baumwollkultur ist nur teilweise schuld an dem Aufstande. Die gemeinsamen Pflanzungen hatten viel Schattenseiten. Das System war gut; die Ausführung aber miserabel. Das kommt auch bei uns vor. Nur die Wilden, die keine politische Schulung haben, sind in den Aufstand getreten. Ostafrika nimmt einen raschen Aufschwung, immer mehr Leute siedeln sich dort an. — Abg. Dr. Südekum (Soz.d.): Die Regierung schweigt auf alle Vorwürfe des Abgeordneten Erzberger. Die schwarzen Arbeiter hat man schlecht entlohnt. — Kolonialdirektor Erbprinz von Hohenlohe: Es wäre ein Leichtsinn gewesen, die Gründe der Ursachen mitzuteilen, ohne genaues Urteil zu besitzen. Dem verstorbenen Bischof wollte ich keinen Vorwurf machen. (Beifall.) — Abg. Erzberger (Zentr.): Wenn die Regierung auf unsere Beschwerde nicht einmal antworte, so werden wir unsere Konsequenzen daraus ziehen und auch schweigen, wo man gern von uns ein Ja hörte. Die Klagen der Missionare sind berechtigt; man sagte uns nicht einmal zu, daß sie untersucht werden. — Erbprinz von Hohenlohe: Das Urteil über die Kamerunsache liegt noch nicht vor, es wird mitgeteilt werden, sobald es vorliegt. — Nach kurzen Bemerkungen der Abgeordneten Gothein, Erzberger, Dr. Südekum und Dr. Paasche wird der Nachtragsetat an die Budgetkommission verwiesen — Nächste Sitzung: morgen 1 Uhr. Schwerinstag. Diätenantrag des Zentrums, der Nationalliberalen und Freisinnigen. Schluß 6½ Uhr.

Politische Rundschau.

Dresden, den 17. Januar 1906.

— Von gut unterrichteter Seite erfährt die „Voss. Ztg.", daß der Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts v. Lucanus in kürzester Frist bevorsteht. Als sein Nachfolger ist der frühere Polizeipräsident von Berlin, jetzige Oberpräsident in Kassel von Windheim in Aussicht genommen.

— **Die Budgetkommission des Reichstages** beriet am 16. d. M. die Gewährung von 14 000 Mark Repräsentationsgeldern für die Staatssekretäre; die preußischen Minister haben bereits im Vorjahre eine solche Zulage erhalten. Speck (Zentr.) beantragte Vertagung, bis man sehe, wie die Reichsfinanzreform laufe; andere dringende Wünsche, wie Besserstellung der Postunterbeamten seien nicht erfüllt. Dr. Arndt (Reichsp.) beantragt Genehmigung. Staatssekretär Graf Posadowsky, der keine Zulage erhält, betonte, daß ein Minister und Staatssekretär mit dem heutigen Gehalte nicht auskommen kann; französische, englische und österreichische Minister stehen ganz anders. Nach dem Vorgange Preußens müßten wir nachfolgen. Freiherr von Richthofen (kons.), Graf Oriola (nat.-lib.) und Eickhoff sprachen sich für die Gewährung aus. Erzberger (Zentr.) betonte, daß andere wichtige Wünsche der Beamten und Unterbeamten nicht erfüllt worden seien. Da sollte man nicht allein bei den Staatssekretären beginnen. Reiche deren Einkommen nicht aus, so müsse eben der Gehalt erhöht werden, aber die Form der Repräsentationsgelder gefalle ihm nicht. Prinz Arenberg (Zentr.): Mit allen neuen Ausgaben müsse man warten, bis man wisse, woher die Mittel kommen. Dr. Wolff (W. Ver.) erklärt namens seiner politischen Freunde für die Position zu stimmen. Speck (Zentr.): Wenn man an die französischen Minister erinnert, so müssen wir auch an die französischen Abgeordneten denken; diese aber erhalten Diäten. (Sehr richtig!) Mit zwölf gegen zwölf Stimmen wird der Antrag auf Vertagung abgelehnt, (von den Sozialdemokraten waren nur drei Abgeordnete anwesend, die deutsche Volkspartei fehlte ganz), die Zulage selbst wird gegen die Stimmen von sechs Zentrumsabgeordneten und der drei Sozialdemokraten angenommen. Die Einrichtung eines wettertelegraphischen Dienstes (am Bodensee), eine Drachenstation, begrüßt der Abgeordnete Erzberger, zumal er allen Forderungen, die dem Süden zugute kommen, besonders freundlich gegenüberstehe, damit nicht alles im Norden bleibe. Die Drachenstation am Bodensee wurde genehmigt. Es folgt der Etat des statistischen Amtes. Erzberger und Speck fordern eine Untersuchung darüber, ob die statistischen Arbeiten nicht vereinfacht und zusammengelegt werden können; jetzt arbeiten Reich und Einzelstaaten auf demselben Gebiete. Da ist eine Aenderung geboten. Staatssekretär Graf Posadowsky begrüßt diesen Antrag; es werden zu viele Statistiken gefordert. Nach langer Debatte wird die Resolution angenommen. Es folgt die Position für die Hohkönigsburg. Südekum (Soz.) fordert Ablehnung. Graf Posadowsky hält den Ausbau für geboten und zwar aus nationalen Gründen. 36 000 Besucher kommen dorthin. Die Hohkönigsburg ist der äußere Stempel für die Wiedergewinnung des Landes. Das angefangene Bauwerk kann man nicht halbfertig liegen lassen. Dr. Müller-Sagan (Freis. Volksp.) und Ledebour (Soz.) sind gegen die Position. Prinz von Arenberg: Der Aufbau der Ruine ist Geschmacksache; die Wiederherstellung ist eine Kunstsache. Die großen Etatsüberschreitungen haben Bedenken erregt; wie viel soll die Burg insgesamt kosten? Wir müssen Süddeutschland mehr entgegenkommen; Bayern erhält sein deutsches Museum, Baden und Württemberg erhalten ihre Drachenstation und Elsaß-Lothringen hat bis jetzt in Straßburg nur einen Kaiserpalast, der der Auswurf der Regierungsbautechnikergeschmacklosigkeit ist. (Stürmische Heiterkeit.) Nun wollen wir dem Elsaß auch einen ordentlichen Bau geben. Staatssekretär Graf Posadowsky: Den Kaiserpalast verteidige ich nicht, er ist mißlungen. Die Ueberschreitungen sind eingetreten durch unvorhergesehene Ereignisse. Speck (Zentr.) ist für seine Person gegen die Position. Darauf wird die Debatte vertagt.

— Die Generalversammlung des **Bundes der Landwirte** findet am 12. Februar mittags im Zirkus Busch statt. Verhandlungsgegenstände werden sein: die sogenannte Fleischnot, unsere Handelsbeziehungen zu den Nichtvertragsländern und die Reichssteuervorlagen.

— **Das preußische Abgeordnetenhaus** erledigte am Dienstag die erste Lesung des Etats. Die Debatten bewegten sich fast durchweg in Polemiken, wobei der freisinnige Abgeordnete Brömel gegen Abgeordneten Freiherrn von

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19060118/1